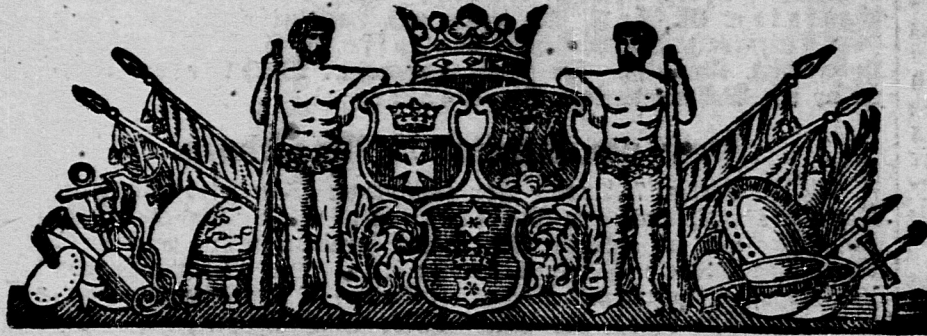


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 Mk., frei Haus 5,70 Mk.; monatlich 1,75 Mk., frei Haus 1,90 Mk. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. (ohne Bestellgeld). Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk. Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Kenzner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegen genommen. Preis für die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 50 Pfg., für Aufträge außerhalb Ostpreußens 60 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 40 Pfg.) Vorzugsanzzeigen 2,00 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg. Postschicknummer: 141. Königsberg. Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, An der Apotheke 7. (König 6202/3.)

Die Räte-Revolution.

Gegenwehr der bayerischen Regierung. — Reichshilfe? — Sächsische Räteflucht. — Magdeburger Putsch.

Der neue Umsturz.

Zwischen der deutschen Demokratie und der Räteherrschaft des russischen Gepräges, wie sie sich jetzt in München aufgetan hat, ist eine entscheidende Kraftprobe unvermeidlich geworden. Die bayerische Regierung, die von den Münchener Räten als aufgelöst bezeichnet wird, hat nicht abgedankt. Sie steht, wie es sich gehört, auf dem Boden der Pflicht als der Ausschuss des Volkswillens, gestützt auf die bayerischen Landeswahlen. Die Ernennung der Münchener Räte kann nicht tatenlos hingenommen werden. Diese Gruppe der Herren Mühlner, Jaffe, Neurath, Landauer usw. muß unter allen Umständen aus dem Amt gejagt werden, das sie sich verbrecherisch angeeignet hat. Soweit die wirkliche bayerische Volksregierung, die sich im bayerischen Landtag und in der von ihm eingesetzten ausführenden Gewalt verkörpert, zur Unterdrückung der Räte-Revolution nicht ausreicht, hat das Reich das Recht und die Pflicht, Hilfe zu leisten bei der Niederwerfung des Münchener Aufstandes. Die einzige Frage wird sein, ob die Reichskräfte dazu ausreichen, zumal sie auch das Aufkommen der Rätebewegung in Sachsen verhindern, den furchtbaren Magdeburger Gewaltstreik abenden und das Unheilgreifen des Rätewahns in den Rheinlanden vereiteln müssen. Auf die Schwierigkeit dieser umfassenden Aufgabe pocht ja die Münchener Bewegung. Daß sie im übrigen ihre rechtswidrige Herrschaft verwirft hat in demselben Augenblick, in dem sie sie ausruft, weiß sie selbstverständlich ganz genau. Das Reich hat sich eine Körnerfassung gegeben, die auf den Nationalwahlen beruht. Diese Verfassung muß von allen Reichsteilen unangefastet gelassen werden. Wer die demokratische Verfassung bricht, gegen den kehrt sich ohneweiters die Gesamtheit. Das bayerische Volk hat sich zum Deutschen Reich bekannt, durch seine Abstimmung für Weimar ebenso wie durch die bayerischen Wahlen. Es will den holländischen Räteunfug nicht mitmachen, den die übergeschnapten Münchener Führer ausgebrütet haben. Es will auch nicht, daß Deutschland durch einen bayerischen Räteblock ausgegliedert wird aus der deutschen Volksgemeinschaft. Die Reichsleitung hat in Bremen und Braunschweig die Ordnung wieder hergestellt, als diese Staaten sich über den Reichsgedanken hinwegsetzen wollten. Die demokratische deutsche Republik muß ohne Furcht vor dem Partikularismus ihre ganze Kraft einsetzen, um den Münchener Rätefrevler zu stützen. Geht es nicht, so ist jede geordnete Entwicklung in Deutschland eingestarrt, und unter der Vorpieglung einer neuen paradiesischen Staatsform nach dem russischen Muster, gegen alle Vernunft und gegen die Menschennatur, verfallen wir dem Schicksal, ein wüstes Dornenwesp zu werden.

Die Verankerung des Räte-Systems in der Verfassung wird nur durch eine Begründung gerechtfertigt, die den Räten eine festumrissene wirtschaftliche Aufgabe zuweist. Damit wird die Forderung eines großen Teiles der Arbeiterschaft erfüllt, zugleich aber werden auch übertriebene Wünsche auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt. Die Arbeiter- und Angestelltenräte sollen danach ausgesprochenmaßen in öffentlich-rechtlicher Beziehung die früher für die Arbeiterkammern geforderten Befugnisse erhalten: Anregungen geben und eine beratende Stelle für alle Arbeiterfragen bilden. Das ist — mag man sich auch sonst zum Räte-System stellen, wie man will — eine Aufgabe, in der sie Gutes wirken können. Ob man das von der Erweiterung der Rechte der bisherigen Arbeiter- und Angestelltenräte bzw. ihrer Umwandlung in Betriebsräte wird sagen können, dürfte neben der Personenfrage im wesentlichen von den Einzelbestimmungen abhängen, die das in Aussicht gestellte Gesetz bringt, den Funktionen, die es ihnen zuweist, und den Sicherungen, die es gegenüber einer Gefährdung der Betriebe durch unwirtschaftliche Maßnahmen schafft. Ist die Voraussetzung gegeben, daß nicht durch den Einfluß, der ihnen eingeräumt wird, eine kurzfristige egoistische Wirtschaftsauffassung der Entwicklung hemmend in den Weg tritt, dann wird man sich wohl auch damit abfinden können. Der Wirtschaftsrat, dessen Arbeitsbereich noch ziemlich unklar ist, scheint eine Eingliederung der Arbeitervertretung in den Gesamtproduktionsprozeß darzustellen. Hier wird man abwarten müssen, welche Aufgaben, welche Rechte und welche Pflichten ihm darin zugewiesen werden sollen. Doch muß schon heute gesagt werden, daß es nicht angeht, andern Erwerbsständen Rechte zu verweigern, die man der Masse der Handarbeiter zugesteht. Die Zustände sind auch dann noch groß genug, um nun allen Ernstes endlich einmal mit dem Putsch und Streik ein Ende zu machen, die unser Wirtschaftsleben nicht zur Ruhe kommen lassen und damit letzten Endes auch die Arbeiter schwer schädigen.

Eine Zuschrift.

Von beachtenswerter Seite erhalten wir aus Königsberger Bürgerkreisen die nachstehenden Ausführungen, die zeigen mögen, welche Stimmung allmählich platzgreift. Der Verweisungsbescheid des Verfassers verdient Beachtung, gerade in der Arbeiter-

schaft, obwohl oder vielmehr weil er ihr nicht schmeichelt. (D. Schriftl.)

Der Wahnsinn ist auf dem Wege. Näher und näher rückt die letzte Konsequenz der unheilvollen Gedanken, die seit Jahrzehnten unverantwortliche Deber, die teils nicht ernst zu nehmende Phantasten, teils gewissenlose Verbrecher sind, in die ungeschulten Hirne der Masse der arbeitenden Volkes hineinzuhämmern, unablässig sich bemüht haben. Was früher als niemals zu verwirklichenden Phantasien angesehen wurde, die erfüllt nicht zu diskutieren waren, das ist jetzt durch die Zustände, die die Revolution geschaffen hat, in greifbare Nähe gerückt. Und infolge der Widerstandlosigkeit, die man den auf Berührung gerichteten Kräften allgemein entgegensetzt hat, sind deren Wünsche ins Ungemeine gewachsen. Infolge des Mangels an einflussreicher Aufklärung gegenüber der struppeligen Heerde ungebildeter, gewissenloser, verbrecherischer Mitatoren haben diese Wünsche eine Form angenommen, deren Ausführung die Vernichtung alles Bestehenden bedeuten würde. Der Wahnsinn würde triumphieren, der jetzt schon zum Teil die Geister beherrscht.

Ist es nicht Wahnsinn, daß eine Anzahl ungebildeter Leute, daß Arbeiter und Soldaten es sich anmaßen, Beamte, Offiziere und Kaufleute in ihrer Tätigkeit zu ersetzen? Leute zu ersetzen, die seit Jahren besonders für die Art Tätigkeit geschult sind, die sie ausüben, deren ganzer Bildungsgang darauf eingerichtet war, denen langjährige praktische Erfahrungen zur Seite stehen?

Ist es nicht Wahnsinn, daß diese Ersatzleute sich einbilden, sie könnten die Posten, die sie sich anmaßen, nicht nur ordnungsmäßig versehen, sondern, daß sie sogar glauben, sie könnten es viel besser als die bisherigen, ihrer Meinung nach, unfähigen Inhaber?

Was würde wohl ein Bäcker sagen, wenn plötzlich irgend ein Kaufmann oder Beamter ihn bestellte (schien würde, mit der Behauptung, das Brot besser zu backen? Was ein Straßenbahnführer, wenn ein Bäckerlehrling an seiner Stelle die Führung des Wagens übernehmen wollte? Was der Maschinist eines Dampfers einer Lokomotive, wenn ein Schneider sich an seine Stelle setzen wollte? Würden diese sich einen solchen Ersatz gefallen lassen? Würden sie die Bestreben nicht einfach für unzurechnungsfähig halten? Diese Beispiele liegen uns nicht fern.

Und das, was schon bei den einfachen Berufen des täglichen Lebens unmöglich ist, das soll im Leben der Völker, das soll in Staats- und Gemeindeverwaltung ohne weiteres durchführbar sein? Wahnsinn, so etwas zu glauben!

Wahnsinn ist es auch von der arbeitenden Klasse zu glauben, daß ihrer Hände Arbeit und Lebensunterhalt und Unterkunft und die Beweismittel des Lebens schaffte, die uns allen etwas Selbstverständliches scheinen. Uns allen, nicht nur den Gebildeten, den Kapitalisten, dem Reichem, sondern jedem Handwerker und Arbeiter. Wer baut unsere Häuser, der Maurer, der Zimmermann, der Glaser, der Maler, der Handlanger, der auf dem Bau arbeitet? Kein, unsere Häuser baut der Architekt, der Baumeister, der sie entwirft und erdenkt, wenn er auch nicht selbst Hand anlegt. Wer liefert uns das Gas oder den elektrischen Strom für Beleuchtung und Heizung, für den Betrieb unserer Straßenbahnen usw.? Etwa der Arbeiter, der die Kohlen in den Fen wird, oder die Rohre und Leitungen legt und die Puffer aufstellt? Kein, das tut der Ingenieur, der Erfinder, der durch seine geistige Tätigkeit die Wege findet und weist, auf denen man gehen muß, um zu dem gewünschten Ergebnis zu kommen, der die Pläne für Gas- und Elektrizitätswerke herstellt, an Hand deren der Arbeiter seine mechanische Arbeit verrichtet, ohne vom Zusammenhang und Zusammenwirken eine Ahnung zu haben. Wer schafft uns alle die taugend, ach so ganz selbstverständlichen Annehmlichkeiten und Notwendigkeiten des täglichen Lebens, die wir annehmen, ohne nachzudenken, deren schmerzlichen Verlust uns erst der Krieg so recht vor Augen geführt hat? Wer bringt uns alle die Erzeugnisse aus Leder, die täglich zu gebrauchen wir, gedankenlos und gewohnt haben? Etwa der Stauer, der sie im Hofen ein- und ausläßt, der Koblenzimmer, der auf dem Schiff die Kessel heizt, der Kutcher, der die Waren mit dem Rollwagen abfährt, oder der Kontorist, der sie in seinen Büchern registriert? Nein, das tut der Kaufmann, der in die Welt geht um unter Einsehen seiner Gesundheit, seines Lebens und seines Vermögens die Erzeugnisse ferner Länder zu uns zu schaffen, der Schiffsherr, der die Schiffe bauen läßt und sie hinausfährt, der Bankier, der für Bereitstellung der nötigen Kapitalien sorgt. Keinerlich ist die Handarbeit des Arbeiters nicht zu unterschätzen, aber die Hauptsache ist und bleibt nicht die arbeitende Hand, sondern der denkende Kopf. Und dieser soll jetzt plötzlich ausgeschaltet, als überflüssig bei Seite geschoben werden? Sind wir noch nicht weit genug auf dem Irreweg gegangen, der uns immer tiefer in Elend und Not führt? Was hat uns denn die Revolution gebracht? Ordnung, festere Zustände anstelle der früheren Schleiße? Bessere Ernährungs- und Lebensmöglichkeiten? Sie kommt mir bisher vor, wie der uns allen so wohlbekannte Kriegsertrag.

Aber wir haben uns nun einmal alle damit abgefunden und hoffen, daß wir uns durch die gegenwärtigen Zustände allmählich zur Klarheit durchbringen werden. Geht es nicht aber auf dem Wege, daß eine große Minderheit von teils unklaren, teils geleiteten Köpfen, teils notorischen Verbrechern gegen den ausgesprochenen Willen der überwiegenden Mehrheit des Volkes dieses in jedes nur erdenkliche Elend stürzen will? Das Volk hat ohne jede Beeinflussung seine Vertreter erwählt, aus deren Willen die Regierung hervorgegangen ist. Die Vertreter des Volkes arbeiten am dem Verfallensentwurf. Alle Bestrebungen einzelner Berufsstände, jetzt die Regierung nach ihrem Willen zu lenken, oder umzumodeln, sind ungeleglich. Solange sich diese Bestrebungen auf theoretische Verände beschränken, sind sie nach der Auffassung unserer Regierung zu dulden. Diefür kann ich mich nicht abgeben, jeder Bürger, der eine ruhige Entwicklung wünscht, die Auffassung der Regierung nicht teilen. Jeder Versuch, gegen den Willen der Mehrheit des Volkes die bestehenden Zustände zu ändern und die Veränderung unter Anwendung von Gewalt vorzubereiten, ist Hoch- und Landesverrat. Sollen wir wirklich erst abwarten, bis der Terror

durch unsere Straßen tobt, sollen wir wirklich warten, daß sie unsere ganze Kultur in ein Chaos verwandeln? Denn das ist doch die ausgesprochene Absicht des Bolschewismus, um nach Vernichtung alles Bestehenden „nein aufzubauen“. Bedenken Sie allen, wenn dieser Wahnsinn zur Herrschaft kommen sollte! Rußland, im allgemeinen, Sina, Mikau sind sprechende Beispiele für die bolschewistischen Segnungen.

Weil wir wissen, was die Spartakisten, Kommunisten und wie sich diese Parolhüter der Revolution sonst nennen mögen, beabsichtigen, ist es unbedingt Pflicht der Regierung, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln vorzugehen. Lang genug ist ihre Geduld viel zu lange schon douert ihr Jögern, denn immer weiter greift die freßende Krankheit um sich, bis es für den weiteren Schritt zu spät ist. Viel zu lange, schon nehmen die latinalischen Krisenzen unsere Geduld in Anspruch. Der Gewalt kann man nur mit Gewalt begegnen, und heute scheint rücksichtslose Gewalt das einzige Mittel, um uns vor der in Aussicht stehenden Katastrophe zu bewahren.

Jeder Tag des Jögerns bedeutet einen nicht wieder gutzumachen den Verlust an Zeit, führt uns näher an den Abgrund!

Vor dem Bürgerkrieg in Bayern.

Die Regierung in Bamberg.

M.B. Nürnberg, 7. April. Ein Erlass des Ministerspräsidenten Hoffmann hat folgenden Wortlaut: Die Regierung des Reiches hat sich nicht zurückgezogen; sie verlegt ihren Sitz von München in Bamberg. Die Regierung ist und bleibt die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt in Bayern und ist allein berechtigt, rechtsverbindliche Anordnungen zu erlassen und Befehle zu erteilen. Weitere Publikationen werden folgen.

M.B. Berlin, 7. April. Wie die „A. S.“ vernimmt, begab sich der bayerische Ministerpräsident Hoffmann mit jenen Mitgliedern der Regierung, die die Räterepublik ablehnen, nach Bamberg, in der Absicht, die Geschäfte dort weiterzuführen und damit den bayerischen Landtag einzuberufen. Zum Schutze der Regierung und des Landtages wurde das Freikorps Epp, das sich bis vor kurzem in Oberbayern befand, nach Bamberg dirigiert. Man hofft, daß es gelingt, die Macht der neuen Räteregierung auf München und Umgebung zu beschränken. Die Regierung in Bamberg tritt an die regierungstreuen Truppen Bayerns mit der Aufforderung heran, sich zum Schutze der Demokratie zur Verfügung zu stellen und eine Verbestattung größeren Stils einzuleiten.

M.B. München, 7. April. Die „München-Ansburger Abendzeitung“ schreibt zu den neuesten Vorgängen unter anderem: Der Schwerpunkt für die endgültige Entscheidung innerhalb der Sozialdemokratie liegt augenblicklich in Nürnberg, wo die sozialistische Landeskonferenz gleichzeitig mit dem Gan Nordbayern tagt. Dieser Tagung wohnt auch Militärminister Schneppenhorst bei. In der Räterepublik Bayern sollten die bisherigen Minister durch Volksbeauftragte ersetzt werden. Eine Liste der zukünftigen Volksbeauftragten befindet sich bereits am Sonnabend im Umbau. Die obersten Staatsämter werden nach dieser Liste folgendermaßen besetzt: Außenminister Mühlner, Innerminister Segitz, Justiz: Dr. Böhm (Kommunist), Finanzen: Dr. Jaffe, Handel: Simon, Sozialfürsorge (neu): Dr. Neurath, Kultur: Riedisch, Landwirtschaft: Steiner, Verkehr: Frauenborffer, militärische Angelegenheiten: Schneppenhorst, Volkswirtschaft (neu): Landauer, Spziale Fürsorge: Unterleithner. Ein Gesetz für die Enteignung der Vermögen und Vermögenswerte soll nach einer Version erst in Beratung, nach anderen Mitteilungen bereits fertiggestellt sein. Der Inhalt des Gesetzes ist folgender: Jedes Vermögen (Vermögenswert) über 10000 Mark wird festgesetzt. Aus den Vermögen soll gefordert nach der Höhe eine Vermögensabgabe erhoben werden. Der Rest wird dem Inhaber vom Staate mit 3 bis 4 Prozent verzinst. Das Vermögen selbst gehört dem Staate.

M.B. Fürth, 7. April. Die Stadt Fürth schloß sich der Räterepublik an, um 10 Uhr fand eine Versammlung auf dem Schießbanger statt, wo nach Ansprachen von verschiedenen Rednern die Räterepublik ausgerufen wurde. Oberbürgermeister Dr. Wille erklärte seinen Rücktritt, da er unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Verantwortung nicht übernehmen könne. Im Rathaus wurden sämtliche Büreau geschlossen. Bis auf den Schuldienst sind die Schulen geschlossen. Die Arbeiter verließen die Betriebe.

Protest bürgerlicher Abgeordneter.

M.B. Bamberg, 7. April. Abgeordnete aller bürgerlichen Parteien der drei fränkischen Regierungsbezirke haben untereinander Führung genommen und erheben einstimmig Protest gegen die Ausrufung Bayerns zu einer Räterepublik. In dem Protest heißt es: Bereits am letzten Sonntag, den 6. April, haben sich auch die Mehrheitssozialisten Bayerns aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Ausrufung einer Räterepublik ausgesprochen. Wir fordern die Beamtenschaft und das gesamte werktätige Volk Bayerns, Arbeiter, Bauern und Bürger, auf, sich hinter den vom Volk gewählten Landtag zu stellen. Die gesamte Bevölkerung Nordbayerns und die Presse werden hiermit gewarnt, sich durch den Terror einer verfallenden Minderheit, vorwiegend von Leuten überwiegend ausländischen Gebürtis, einschüchtern zu lassen. Bayern geht über einen Abgrund. Das Ausland hat jede Ernährungsbeihilfe an ein bolschewistisches Bayern abgelehnt, eine Hilfe von Rußland und Ungarn ist ausgeschlossen, da diese Länder selbst durch Hungersnot gezeichnet sind. Der Friedensschluß wird verzögert und viele Tausende von bayerischen Kriegsgefangenen bleiben in der Anstalt des Auslandes. Die Euch heißt sagen, sind Eure Landsleute, nicht landfremde Menschen, die von Bayern noch vor wenigen Monaten nichts wußten und denen Euer Schicksal gleichgültig ist.